

# A1 - Kultur „Kultur ist das, was bleibt“ - Kulturförderung in Kommunen und Gemeinden stärken

Gremium: Bezirksvorstand  
Beschlussdatum: 24.05.2019

1 „Kultur ist das, was bleibt, wenn alles andere verloren ist.“ (Selma Lagerlöf)

2 Das Ifo-Institut konnte 2015 mit einer Studie darlegen, dass sich signifikant  
3 mehr qualifizierte Beschäftigte mit Universitätsabschluss dort niederlassen, wo  
4 sich ein traditionelles Opernhaus befindet. Und das nicht, weil Opernhäuser  
5 ohnehin nur in wirtschaftlich florierenden Regionen entstehen, sondern weil  
6 durch das kulturelle Angebot die Gegend erst attraktiv wird für gut ausgebildete  
7 Menschen. Das Institut wählte Opernhäuser, die bereits zu Barockzeiten gegründet  
8 wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Einkommen in allen 29 Städten in  
9 Deutschland, die über ein barockes Opernhaus verfügen, bis heute höher sind als  
10 in vergleichbar großen Städten ohne Opernhäuser. Dass heute im Umkreis  
11 kultureller Zentren relativ viel Geld verdient und ausgegeben wird, hängt also  
12 offenbar mit dem kulturellen Angebot selbst zusammen. Von Kulturförderung  
13 profitieren indirekt folglich auch jene Bürger\*innen vor Ort, die an den  
14 kulturellen Angeboten selbst gar nicht interessiert sind.

15 Dass Baumaßnahmen für die Kultur mit einem ansprechenden Kulturprogramm auch die  
16 Wirtschaft fördern, ist exemplarisch in Blaibach sichtbar. Dort entstand 2014 im  
17 Ortskern ein Gebäudekomplex mit Konzertsaal, Bürgerhaus und Gastronomie.  
18 Teilweise wurde die bestehende historische Bausubstanz erhalten. Der Konzertsaal  
19 strahlt weit über Blaibach hinaus und schafft Identität vor Ort.

20 Zudem sorgte diese Baumaßnahme für eine deutliche wirtschaftliche Belebung.  
21 Gastronomie und Tourismus profitieren vom Konzertbetrieb. Weil die Attraktivität  
22 einer Region bisher oft an wirtschaftlicher Prosperität gemessen wurde, haben  
23 viele Städten und Gemeinden in der Vergangenheit insbesondere mit dem Bau von  
24 Straßen auf den Ausbau der technischen Infrastruktur und auf die Ausweisung von  
25 Gewerbegebieten gesetzt. Ländliche Räume haben aber nur dann eine Zukunft, wenn  
26 sie auch den Bedürfnissen der Bewohner\*innen an sozialer Teilhabe Rechnung  
27 tragen - für alle Generationen und alle gesellschaftlichen Gruppen. Für  
28 gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Zusammenhalt braucht es eine intakte  
29 soziale Infrastruktur. Das sind vor allem Einrichtungen für Bildung, Kultur,  
30 Gesundheit und Freizeit. Angesichts des zunehmenden

31 Fachkräftemangels sind Unternehmen außerdem darauf angewiesen, ihren  
32 Arbeitnehmer\*innen ein attraktives Umfeld zu bieten. Kulturinstitutionen und  
33 Festivals - ebenso wie die „freie Szene“ - tragen wesentlich zur Attraktivität  
34 von Orten als Wirtschaftsstandort und Tourismusmagnet bei. Kultur ist ein  
35 relevanter Wirtschaftsfaktor, das belegen auch die Zahlen des Monitoringberichts  
36 zur Kultur -und Kreativwirtschaft 2018: Mit ihren 254.700 Unternehmen trägt die  
37 Kultur- und Kreativwirtschaft zu einer Bruttowertschöpfung von 102,4 Mrd EUR bei  
38 und hat einen Anteil von 3,1 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Konstant im  
39 Vergleich zu den Vorjahren liegt die Bruttowertschöpfung in der Kultur- und  
40 Kreativwirtschaft in etwa gleichauf mit der des Maschinenbaus. Andere wichtige  
41 Branchen in Deutschland, wie die Chemische Industrie, die Energieversorger oder  
42 aber die Finanzdienstleister, werden von der Kultur- und Kreativwirtschaft  
43 hinsichtlich der Wertschöpfung deutlich übertroffen. Diese Zahlen zeigen, dass

44 Fördermaßnahmen für die Kultur- und Kreativwirtschaft durchaus ein  
45 wirtschaftliches Standbein für Kommunen und Gemeinden bedeuten können. Für uns  
46 Grüne ist klar, dass der Wert von Kultur nicht allein in ökonomischen Größen  
47 gemessen werden kann. Kulturelle Angebote prägen nicht nur die Identität einer  
48 Region, sondern tragen vor allem zur Zufriedenheit und sozialer Teilhabe der  
49 Bürgerinnen und Bürger bei. Auch kleine Städte und Gemeinden sollten daher  
50 Kultur als Teil ihres Selbstverständnisses betrachten.

51 **Der Bezirksverband Oberbayern setzt sich ein für:**

- 52 1. Kultur als festen Bestandteil der Daseinsfürsorge
- 53 2. Eine angemessene Vergütung von Künstler\*innen
- 54 3. Geschlechtergerechtigkeit bei der Besetzung von Führungspositionen im  
55 Kulturbetrieb
- 56 4. Die Förderung der kulturellen Bildung bzw. der Kulturvermittlung
- 57 5. Inklusion im Kulturbereich
- 58 6. Programme und Projekte für mehr Integration durch Kunst und Kultur
- 59 7. Teilhabe an Kulturangeboten für alle gesellschaftlichen Gruppen
- 60 8. Freiheit von Kunst und Kultur
- 61 9. Nachhaltigkeitskriterien bei Baumaßnahmen im Kulturbetrieb und stärkere  
62 Berücksichtigung der Expertise des Landesamtes für Denkmalschutz sowie des  
63 Landesdenkmalrates
- 64 10. Die Stärkung von „Kunst am Bau“
- 65 11. Die Förderung kleiner Kinos
- 66 12. Die Förderung von Diversität hinsichtlich Alter, Ethnie, sexueller  
67 Orientierung, Herkunft und Religion im Kulturbetrieb
- 68 13. Eine nachhaltige Atelierförderung und Leerstandsnutzung für kulturelle  
69 Zwecke
- 70 14. Eine gleichberechtigte Förderung aller kulturellen Sparten
- 71 15. Kulturämter bzw. Kultur- und Tourismusämter in allen großen (Kreis)-  
72 Städten in Bayern
- 73 16. Eine lebendige Erinnerungskultur

74 **Zu 1.:** Die öffentliche Kulturförderung gehört bislang nicht zur Daseinsfürsorge.  
75 Daher fallen die Kulturförderung ebenso wie die Sportförderung häufig dem  
76 Rotstift zum Opfer. Mit Einsparungen bei der Kultur lässt sich jedoch kein  
77 Haushalt sanieren. Dafür ist ihr Anteil an den Gesamtausgaben zu gering und ihre  
78 Bedeutung zu hoch. Die Bedeutung von Kultur wiegt mehr als ihre Kosten. Der  
79 Anteil der Kulturausgaben an unserem Bruttoinlandsprodukt beträgt 0,4 Prozent.  
80 Relativ zu den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte liegen die  
81 Kulturausgaben in Deutschland insgesamt bei 1,7 Prozent. Städte und Gemeinden  
82 investieren etwas mehr als 2 Prozent ihrer jeweiligen Haushaltsetats für Kultur.

83 Insbesondere angesichts knapper Haushaltskassen werden Kürzungen bei den  
84 Kulturausgaben vor Ort damit gerechtfertigt, dass Kultur zu den sogenannten  
85 „freiwilligen Leistungen“ gehört. Eine „freiwillige Leistung“ sind Kultur und  
86 Sport insofern, dass es jedem Menschen in unserer demokratischen Gesellschaft  
87 freisteht, sich daran auf welche inhaltliche Weise auch immer, zu beteiligen.  
88 Der Begriff „freiwillig“ definiert somit den Gegensatz zur Kulturpolitik im  
89 Dritten Reich, wo Kultur und Sport politisch instrumentalisiert wurden. Die  
90 Vergabe von Fördermitteln für Kultur ist keineswegs eine freiwillige  
91 Großzügigkeit politischer Entscheidungsträger\*innen. Eine Verpflichtung, als  
92 erstes an Kultur und Sport zu sparen, wäre im Übrigen nicht vereinbar mit der  
93 kommunalen Selbstverwaltung: Die Gemeinden haben das Recht, ihre Einnahmen- und  
94 Ausgabenwirtschaft im Rahmen eines geordneten Haushaltswesens selbständig zu  
95 führen. Sie haben die Verpflichtung, Güter und Dienstleistungen bereitzustellen,  
96 die für das menschliche Dasein als notwendig erachtet werden. Dazu gehört gemäß  
97 Artikel 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auch die Teilhabe an  
98 Kultur: „1. Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei  
99 teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen  
100 Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.“

101 **Zu 2. und 3.:** Die Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem Erfolg und der  
102 Einkommenssituation der Wertschöpfer\*innen in der Kulturbranche ist frappierend.  
103 Zahlen der zum 1. Januar 2018 aktiv Versicherten bei der Künstlersozialkasse  
104 belegen ein im Vergleich zu den Vorjahren konstant niedriges Einkommen in den  
105 Branchen Wort, Bildende Kunst, Musik und Darstellende Kunst. So liegt  
106 beispielsweise das durchschnittliche Jahreseinkommen im Bereich Bildende Kunst  
107 für Künstler bei rund 19 T EUR, für Künstlerinnen lediglich bei rund 13 T EUR.  
108 Im Bereich Musik ist das Durchschnittseinkommen noch niedriger. Für Musiker  
109 liegt es bei rund 15 T EUR, für Musikerinnen bei nur rund 11 T EUR. Die meisten  
110 künstlerischen Berufe erfordern ein jahrelanges zeit- und kostenintensives  
111 Studium. Fleiß, Durchhaltevermögen und Disziplin sind Grundvoraussetzungen für  
112 alle darstellenden und bildenden Künstler\*innen und Musiker\*innen.  
113 Künstler\*innen zählen zur kinderärmsten Berufsgruppe in Deutschland, bei einer  
114 durchschnittlichen Rentenerwartung von 420 EUR ist Altersarmut vorprogrammiert.  
115 Angemessene Honorare und Gehälter für Künstler\*innen ebenso für wie für alle  
116 qualifizierten Lehrkräfte im kulturellen Bereich denken wir daher bei allen  
117 Fördermaßnahmen ebenso wie auch beim kulturellen Rahmenprogramm Grüner  
118 Veranstaltungen immer mit! Die nach wie vor bestehende Benachteiligung von  
119 Frauen ist nicht nur ungerecht, dem Kulturbetrieb geht damit kreatives Potential  
120 verloren. Diskriminierung kann und darf nicht mit künstlerischer Freiheit  
121 gerechtfertigt werden. Eine geschlechtergerechte Kulturpolitik ist daher  
122 notwendig.

123 **Zu 4.:** Auf dem Arbeitsmarkt sind Teamfähigkeit und Kreativität gefragt,  
124 Eigenschaften, die an unseren Schulen und Universitäten nur ungenügend gefördert  
125 werden. Kulturelle Bildung hängt bei uns hauptsächlich vom Einkommen der Eltern  
126 ab. An weiterführenden Schulen in Bayern werden musische Fächer kontinuierlich  
127 gekürzt oder fallen aus, weil dafür nicht ausreichend Lehrkräfte eingestellt  
128 werden, beispielsweise für Kunsterziehung. Kreativität ebenso wie  
129 Gestaltungs Kompetenzen, Eigeninitiative und Reflexionsvermögen sind keine  
130 angeborenen Fähigkeiten. Sie können gelernt und vermittelt werden. Kooperationen  
131 zwischen Schulen und Kulturinstitutionen oder KünstlerInnen können dazu  
132 beitragen, dass kulturelle Bildung alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Kultur  
133 muss mit Bildung, und Kunst mit Lernen verknüpft werden. Beispielhaft dafür

134 steht die Arbeit im Bereich kulturelle Bildung des BBK (Bundesverband Bildender  
135 Künstler\*innen) München, wo Künstler\*innen mit unterschiedlichen Schulen  
136 zusammenarbeiten. Oder der Verein „Künstler an die Schulen e.V.“ in Ingolstadt,  
137 dessen Mitglieder - Künstler\*innen unterschiedlicher Sparten - Programme und  
138 Projekte für Kindergärten und Schulen anbieten. Kulturelle Bildung muss  
139 elementarer Bestandteil der schulischen Bildung sein. An Ganztagschulen sollten  
140 Schüler\*innen zwischen künstlerischen Kursen von Schauspiel bis hin zu  
141 Fotografie ihren Neigungen entsprechend wählen dürfen. Immer mehr  
142 Ganztagschulen bzw. Horteinrichtungen bieten bereits vor Ort auf freiwilliger  
143 Basis Instrumentalunterricht an. Diese und andere kulturelle Angebote öffentlich  
144 zu fördern und somit für die Schüler\*innen bzw. deren Eltern kostenfrei oder  
145 kostengünstig zu ermöglichen, wäre ein Schritt hin zu mehr kultureller Teilhabe  
146 für alle Kinder und Jugendlichen. Wesentlicher Bestandteil kultureller Bildung  
147 ist zudem die altersgerechte Kulturvermittlung. Immer mehr Stadttheater in  
148 Bayern haben eine eigene Kinder- und Jugendsparte mit Vorstellungen für  
149 Kindergärten und Schulklassen aller Altersstufen zu reduzierten  
150 Eintrittspreisen. In München gibt es mit der Schauburg ein eigenes Kinder- und  
151 Jugendtheater. Das Junge Landestheater Bayern tourt für junge Menschen in alle  
152 Regionen Bayerns. Kulturelle Angebote wie ein Theater-, Konzert- oder  
153 Museumsbesuch können das Denken verändern und Empathie fördern. Wir begrüßen  
154 eine Öffnung der Kulturinstitutionen für alle Gruppen unserer Gesellschaft sowie  
155 Kooperationen mit Bildungseinrichtungen!

156 **zu 5.:** Inklusion und Barrierefreiheit im Kulturbereich müssen nicht nur  
157 substanzielle Verbesserungen beim Zugang zu unserer kulturellen Infrastruktur  
158 beinhalten, wie z.B. Tastführungen, Führungen in Leichter Sprache, usw.. Es geht  
159 auch darum, die künstlerische Aktivität von „besonderen Menschen“ individuell zu  
160 fördern und somit unsere Gesellschaft mit ihrem kreativen Potential zu  
161 bereichern. Ein wichtiger Baustein für das Gelingen von Inklusion ist die  
162 Kooperation zwischen Fördereinrichtungen und qualifizierten Künstler\*innen. Das  
163 kreative, künstlerische und intellektuelle Potential von Menschen mit  
164 Behinderungen muss sich entfalten können, das fordert auch die  
165 UNBehindertenrechtskonvention.

166 **zu 6.:** Dass die Beschäftigung mit Kunst und Kultur eine Abwechslung vom Alltag  
167 und für einige Geflüchtete sogar eine Form der „Traumabewältigung“ bedeuten  
168 kann, ist unbestritten. Darüber hinaus bringt die gemeinsame künstlerische  
169 Aktivität Menschen unterschiedlicher sprachlicher und kultureller Herkunft  
170 einander näher und trägt zum besseren Verständnis für das Schicksal von  
171 Flüchtlingen bei. Wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft miteinander  
172 musizieren oder eine Tanzperformance einstudieren, können gegenseitige  
173 Vorurteile aufgehoben werden und Grenzen zwischen „wir“ und „die“ verschwimmen.  
174 Ein positives Praxisbeispiel ist das Bellevue di Monaco, ein Wohn- und  
175 Kulturzentrum für Geflüchtete und Münchner\*innen. Auch in den AnKER-,  
176 Gemeinschafts- und Erstaufnahmeunterkünften können und wollen viele Geflüchtete  
177 künstlerisch aktiv sein oder Kulturveranstaltungen besuchen. Ihr kreatives  
178 Potential zu fördern und ihnen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur  
179 kulturellen Teilhabe anzubieten, ist uns Grünen in Oberbayern ein Anliegen.

180 **zu 7.:** Zugang zu Kultur und gemeinsame künstlerische Aktivität stärken den  
181 Zusammenhalt einer Gesellschaft und wirken integrativ. Kommunen und Gemeinden  
182 sollten daher Kultur-Akteurinnen und -Akteure dabei unterstützen, ein Publikum  
183 außerhalb ihrer „Nische“ anzusprechen. Ein Ansatz wäre, dass städtisch

184 geförderte Museen zumindest an einem Tag in der Woche keinen Eintritt verlangen  
185 oder einige öffentlich geförderte Opern- und Konzertaufführungen als  
186 kostengünstiges Open Air organisiert werden. Auch kostenlose bzw. kostengünstige  
187 Schüler\*innen- und Student\*innen-Tickets für Museen, Burgen und Schlösser oder  
188 ein „Ferien-Pass“ zum Besuch von Kultureinrichtungen in Oberbayern können dazu  
189 beitragen, mehr Teilhabe an Kultur zu ermöglichen. Großbritannien feiert mit  
190 kostenlosen Museen für alle seit knapp 20 Jahren Erfolge.

191 Kulturangebote und Gelegenheiten zur künstlerischen Aktivität haben einen  
192 entscheidenden Einfluss auf den individuellen Bezug zum Heimatort und die  
193 Attraktivität von Orten – insbesondere für Jugendliche. Sie benötigen  
194 Rückzugsorte und Abwechslung im Freizeitbereich. Aber auch der fortschreitenden  
195 Vereinsamung Älterer wird durch Teilhabe an Kunst und Kultur vorgebeugt. Die  
196 Schaffung von Freiräumen und Möglichkeiten zur künstlerischen Auseinandersetzung  
197 ist daher insbesondere im ländlichen Raum notwendig, um Jugendlichen und älteren  
198 Menschen Perspektiven zur Entfaltung ihrer Kreativität vor Ort anbieten zu  
199 können. Niedrigschwelliger Zugang zu Kultur für alle ist uns wichtig.  
200 Jugendkulturzentren und Jugendkulturringen müssen in ländlichen Gebieten gestärkt  
201 werden und erhalten bleiben.

202 **Zu 8.:** Nachdem der Intendant der Kammerspiele, Matthias Lilienthal und sein  
203 Kollege vom Volkstheater, Christian Stückl, im vergangenen Sommer den  
204 überparteilichen Aufruf zur Demo „#ausgehetzt-gemeinsam gegen die Politik der  
205 Angst“ mitgezeichnet hatten, intervenierte die CSU- Fraktion im Münchner  
206 Stadtrat und appellierte an das „Neutralitätsgebot“. Das Neutralitätsgebot für  
207 alle staatlichen Einrichtungen ist eine Konsequenz aus der politischen  
208 Instrumentalisierung von Bildung, Sport und Kultur im Dritten Reich. In seinem  
209 Aufsatz „Das Neutralitätsgebot als rechtliche Scheinwaffe gegen staatliche  
210 Courage“ legt der u.a. auf Verwaltungsrecht spezialisierte Rechtsanwalt Jost von  
211 Glasenapp dar, dass „Beamte und staatliche Organe verpflichtet (seien), sich  
212 aktiv für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzusetzen.“ Darüber  
213 hinaus kommt er zum Schluss, dass Beamte und Staatsbedienstete die Befugnis und  
214 Zuständigkeit haben, sich zu möglichen verfassungsfeindlichen Zielen von  
215 Parteien und Organisationen zu äußern und ihnen entgegen zu treten. Wenn also  
216 die Ziele einer Partei unsere offene, demokratische Gesellschaft bedrohen,  
217 sollten auch Beschäftigte an staatlichen Kulturinstitutionen dagegen  
218 aufbegehren.

219 „Aus politischen Gründen“ wurde im August letzten Jahres ein Konzert mit  
220 Uraufführung des Organisten und Komponisten Prof. Robert Maximilian Helmschrott  
221 durch den Veranstalter (die katholische Kirche vertreten durch Münsterpfarrer  
222 Dekan Bernhard Oswald und dem Vorsitzenden des Vereins der Freunde der Musik am  
223 Ingolstädter Münster e.V.) ersatzlos abgesagt. Kurz zuvor hatte sich der Musiker  
224 in einem Interview mit dem Donaukurier gegen die CSU-Flüchtlingspolitik  
225 positioniert.

226 Die Kunst ebenso wie die Wissenschaft in Deutschland sind frei. Wenn  
227 Künstlerinnen und Künstler sich politisch äußern wollen, müssen sie das dürfen,  
228 selbst wenn sie an einer öffentlichen Kulturinstitution beschäftigt sind. Ihnen  
229 dies zu verwehren, bedeutet nichts anderes als Zensur bzw. Selbstzensur durch  
230 die jeweiligen Veranstalter.

231 Demokratiefeindlichen Kräften in den Parlamenten, die Kunst und Kultur für ihre  
232 Zwecke instrumentalisieren und reglementieren wollen, treten wir entschlossen

233 entgegen. Grüne Kulturpolitik setzt sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen  
234 für Kunst- und Meinungsfreiheit gewährleistet bleiben. Um Günstlingswirtschaft  
235 bei der Kulturförderung möglichst auszuschließen, sind wir bei der Besetzung von  
236 Führungspositionen im Kulturbereich für überregionale Ausschreibungen und für  
237 die Möglichkeit der Einbeziehung eines externen Expert\*innengremiums zur  
238 Entscheidungsfindung. Bei der Vergabe von Fördermitteln setzen wir auf die  
239 jeweils dem Verwendungszweck angepasste Festlegung transparenter Förderkriterien  
240 sowie auf ein anonymisiertes Auswahlverfahren, sofern dies möglich ist (z.B. bei  
241 Ausschreibungen für Architekt\*innen sowie im Bereich Bildende Kunst).

242 **Zu 9.:** Die Sanierung, die Denkmalpflege und die Nutzung einer bestehenden  
243 Bausubstanz sind nachhaltig. Für den Neubau, für An- und Umbauten sollen  
244 Baustoffe nach ökologischen Kriterien ausgewählt werden, die keine negativen  
245 Auswirkungen auf die Bewohner\*innen haben.

246 Grüne Kulturpolitik stellt ökonomische Interessen nicht über das kulturelle  
247 Erbe. Erhalt historischer Bausubstanz und Innovation ist kein Widerspruch. Wir  
248 wollen die Bevölkerung und die Stadtverwaltungen zum Erhalt historischer  
249 Ortskerne sensibilisieren und substanzielle Kulturgüter (u.a. Jura- und  
250 Bauernhäuser, alte Brunnen, Parkanlagen, Innenhöfe) erhalten. Immer wieder  
251 werden bei Entscheidungen der Stadtparlamente und Gemeinderäte Einwände des  
252 Landesamtes für Denkmalschutz sowie des Landesdenkmalrates<sup>1</sup> ignoriert. Jüngst  
253 wendete sich der Landesdenkmalrat strikt gegen das Bauvorhaben einer  
254 Baustoffhalle am Freiwasser/Eichstätt, dennoch wurde eine Baugenehmigung seitens  
255 der Stadt erteilt. Durch den Neubau wird die Blickbeziehung zur Eichstätter  
256 Willibaldsburg gefährdet. Das Baustofflager wird an sensibler Stelle im  
257 Naturpark Altmühltal verwirklicht. In Ingolstadt wurde die Kritik des  
258 Denkmalamtes am Bebauungsplan für das Gießereigelände übergangen, wonach das  
259 geplante Kongresszentrum im Verhältnis zum historischen Schloss zu mächtig sei.  
260 Wir setzen uns dafür ein, dass Einschätzungen des Denkmalamtes bei allen  
261 Entscheidungen in politischen Gremien berücksichtigt und dem Landesdenkmalrat  
262 höhere Kompetenzen eingeräumt werden, um „Bausünden“ zu vermeiden.

263 **zu 10.:** Kunst am Bau verschafft einem Neubau und dem öffentlichen Raum  
264 Individualität und ein Alleinstellungsmerkmal. Aufträge für Kunst am Bau sind  
265 für freischaffende Bildende Künstler\*innen bzw. Bildhauer\*innen eine relevante  
266 Einkommensquelle. Immer wieder werden vor Ort in Oberbayern zwar Künstler\*innen  
267 für Kunst am Bau engagiert, aber für ihre Arbeit im Verhältnis zur  
268 Bauwerkskosten viel zu gering vergütet. Grüne Kulturpolitik setzt sich vor Ort  
269 ein für einen verbindlichen Anteil an den Bauwerkskosten (2 Prozent analog zum  
270 Bereich Hochbau der Bayerischen Staatsbauverwaltung) zu Gunsten von Kunst am Bau  
271 sowie eine bayernweite Ausschreibung des jeweiligen Auftrags.

272 **zu 11.:** Das gemeinschaftliche Kino-Erlebnis ist fester Bestandteil unseres  
273 Kulturlebens. Dort werden auch Filme außerhalb des „Mainstreams“ gezeigt, oft in  
274 Kombination mit Veranstaltungen (Premierenfeiern oder Diskussionsrunden). Kinos  
275 schaffen gesellschaftlichen Raum außerhalb des Privaten. In Zeiten von Netflix  
276 und Co ist jedoch insbesondere die Existenz kleiner Kinos vor Ort gefährdet. Wir  
277 unterstützen kleine Kinos vor Ort!

278 **Zu 12.:** Vielfalt macht Kunst und Kultur vielfältig. Alle gesellschaftlichen  
279 Gruppen sollen sich künstlerisch ausdrücken und mit ihren künstlerischen und  
280 kulturellen Arbeiten gesellschaftlich einbringen können. Unsere Gesellschaft  
281 wird bunter und älter. Menschen mit Migrationshintergrund sind nach wie vor

282 unterrepräsentiert. Aber auch andere gesellschaftliche Gruppen müssen innerhalb  
283 und außerhalb der Führungspositionen des Kulturbetriebes stärker  
284 Berücksichtigung finden. Frei nach dem Motto „Gib 10% deines Jobs einer Person,  
285 die sehr unterschiedlich zu dir ist“ findet Kunst und Kultur so breitere und  
286 mannigfaltigere Ausdrucksformen und Umsetzungen.

287 **zu 13.:** In München wurde aktuell das Gesundheitshaus in der Dachauer Straße zur  
288 Zwischennutzung für kulturelle Zwecke freigeben. Laut Zeitungsberichten  
289 erreichen die Stadt diesbezüglich zahllose Anfragen und Raumreservierungen von  
290 Künstler\*innen. Der Bedarf an erschwinglichen Räumlichkeiten für Künstler\*innen  
291 aller Sparten und Genres ist nicht nur in München enorm. Die Bereitstellung von  
292 Räumlichkeiten ist ein wesentlicher Faktor zur Förderung des kreativen  
293 Potenzials, Leerstandsnutzung für kulturelle Zwecke wiederum ist ein Modell  
294 gegen die Verödung von Innenstädten und Ortskernen. Hier kann das Modell der  
295 „Wächterhäuser“ (in Sachsen durch HausHalten e.V.) als Vorbild dienen:  
296 „Hauserhalt durch Nutzung“ ist für kreative Nutzer ebenso wie für die  
297 Eigentümer\*innen ein „Win-Win-Modell“. Bands, bildende Künstler\*innen am Anfang  
298 ihrer Karriere, Künstler\*innen im Bereich Jugendkultur und im  
299 semiprofessionellen Bereich können von diesem Konzept profitieren, weil dadurch  
300 mehr günstige Probenräume und Ateliers zur Verfügung stehen. Wir unterstützen  
301 die öffentliche (Teil-)Finanzierung der Mieten für die (Zwischen-)Nutzung von  
302 privatwirtschaftlichen Leerständen zugunsten von Ateliers und Proberäumen für  
303 Künstler\*innen und setzen uns dafür ein, dass Leerstände der öffentlichen Hand  
304 auch für die kulturelle Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Fördermaßnahmen  
305 zur Leerstandsnutzung dürfen jedoch nicht das einzige Instrument bleiben, in  
306 dichter und teurer werdenden Städten Räume für Kunst und Kultur zu bewahren und  
307 zu schaffen. Wir setzen uns daher ebenfalls ein für Konzepte zur nachhaltigen  
308 Atelierförderung in Gemeinden und Kommunen.

309 **zu 14.:** Ein Merkmal unserer öffentlichen Kulturfinanzierung liegt bei der  
310 Förderung vielfältiger Angebote, die sich nicht oder noch nicht wirtschaftlich  
311 eigenständig behaupten können. Dadurch werden beispielsweise Uraufführungen  
312 zeitgenössischer klassischer Musik oder von Theaterstücken ermöglicht, deren  
313 Urheber\*innen (noch) keinen bekannten Namen haben. Junge Menschen in ihrer  
314 künstlerischen Entwicklung zu unterstützen, deren späterer Erfolg auf dem freien  
315 Markt noch nicht hundertprozentig prognostiziert werden kann, ist eine weitere  
316 maßgebliche Säule unserer Kulturförderstruktur, denn im Experiment liegt der  
317 Humus, auf dem unsere Kultur wachsen kann. Um Vielfalt und künstlerische  
318 Qualität nachhaltig zu sichern, müssen alle Sparten gleichberechtigt gefördert  
319 werden ohne Scheuklappen gegenüber beispielsweise Formen der Jugendkulturen.

320 **Zu 15.:** Die Kulturarbeit in vielen Städten und Ortschaften basiert zu einem  
321 erheblichen Anteil auf ehrenamtlichem und privatwirtschaftlichem Engagement der  
322 Bürger\*innen (u.a. private Musikschulen, Vereine, private Museen, etc.). Eine  
323 hauptamtlichen Koordinierungsstelle ist notwendig: Zur Bündelung und  
324 Durchführung von Veranstaltungen und Attraktionen; zur Unterstützung bei der  
325 Überwindung bürokratischer Hürden ebenso wie für eine professionelle Presse- und  
326 Öffentlichkeitsarbeit. Neben dem Ordnungsamt, Bauamt, etc. sollte daher jede  
327 große (Kreis-)Stadt über ein Kultur- bzw. Kultur- und Tourismusamt mit  
328 hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen verfügen sowie eine\*n Kulturbeauftragte\*n bzw.  
329 Kulturreferent\*in stellen.

330 **Zu 16:** Wir wollen eine Erinnerungskultur, die uns hilft, die Gegenwart und  
331 Zukunft demokratisch und menschenfreundlich zu gestalten. Wir treiben die

332 Aufarbeitung der NS-Vergangenheit weiter voran und setzen uns dafür ein, dass  
333 Gedenkstätten der NS-Verbrechen erhalten bleiben. In allen Städten und Gemeinden  
334 sollten Gedenkkarte an die Opfer des Nationalsozialismus vorhanden sein.  
335 Zivilgesellschaftliche Formen der Erinnerungskultur wie beispielsweise die  
336 Stolpersteine nach einer Idee des Künstlers Gunter Demnig unterstützen wir. Denn  
337 Erinnerung und Aufarbeitung aus der Mitte der Gesellschaft sind eine wichtige  
338 Voraussetzung für die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus,  
339 Antiziganismus, Rassismus und Homophobie in den Köpfen der Menschen. Darüber  
340 hinaus ist unser Anliegen, dass Ideologien gruppenbezogener  
341 Menschenfeindlichkeit nicht in Musik und Kunst transportiert werden und fördern  
342 Projekte, die sich im Bereich Kinder- und Jugendbildung künstlerisch gegen  
343 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus engagieren.



## A2 Beschluss - FahrzeugindustrieNEU2 Fahrzeugindustrie zukunftsfest machen

Gremium: Bezirksvorstand  
Beschlussdatum: 24.05.2019

1 Jahrzehntlang wurden Siedlungsentwicklung und Verkehrssysteme in allen Teilen  
2 Deutschlands einseitig auf Auto und LKW ausgerichtet. Das hat zu täglichen Staus  
3 in den Ballungsräumen, hohen Emissions-Belastungen und zu überlasteten  
4 öffentlichen Verkehrsmitteln geführt.  
5 Der technische Fortschritt hat effizientere Motoren und niedrigere  
6 Schadstoffemissionen hervorgebracht. Allerdings wurde dieser Fortschritt durch  
7 wachsende Motorisierung und steigendes Verkehrsaufkommen weit überkompensiert.  
8 Zum Klimaschutz leistet der Verkehrssektor keinen Beitrag, der Ausstoß von CO<sub>2</sub>  
9 steigt sogar weiter an. Unsere Klimaschutzverpflichtungen können wir so  
10 keinesfalls erreichen. Die autofokussierte Verkehrspolitik hat die Mobilität in  
11 die Sackgasse geführt. Ein Umsteuern ist überfällig!

### 12 **Den Weg freimachen für Bus, Bahn, Rad und Fuß**

13 Grüne Politik drängt auf den Ausbau des ÖPNV, den Ausbau von Fuß- und Radwegen,  
14 die Behandlung des Fahrrads als ernst zu nehmendes Verkehrsmittel im Alltag und  
15 will Chancen der Digitalisierung im Verkehrsbereich nutzen. Unser Ziel sind  
16 Klimaschutz, Lebensqualität, Vermeidung überflüssiger Wege und pünktliche,  
17 zuverlässige Mobilität ohne Stress und Stau. Das Straßenverkehrsaufkommen soll  
18 abnehmen, unvermeidbarer Straßenverkehr soll leise, sauber und sicher werden.

### 19 **Die Fahrzeugindustrie auf klimafreundliche Produkte ausrichten**

20 Oberbayern ist heute ein wichtiger und traditionsreicher Standort für den  
21 Fahrzeugbau: Autos, LKW und Schienenfahrzeuge bzw. wesentliche Bauteile dafür  
22 werden in Oberbayern in arbeitsplatzreichen Industrien und zahlreichen  
23 Zulieferbetrieben entwickelt und gefertigt. 400.000 Beschäftigte sind alleine in  
24 der bayerischen Automobilindustrie tätig, ein großer Teil davon in den  
25 Ballungsräumen München und Ingolstadt. Industrie und kleine und mittelständische  
26 Unternehmen stellen viele Arbeits- und Ausbildungsplätze, erwirtschaften ein  
27 hohes Steueraufkommen und bilden eine wichtige industriepolitische  
28 Schlüsselindustrie in der im Umbruch befindlichen Mobilität.

29 Bei einer konsequenten Verkehrswende wird der motorisierte Individualverkehr  
30 sowie der Gütertransport auf der Straße an Bedeutung verlieren. Aber er wird  
31 selbstverständlich nicht überflüssig. Das saubere, emissionsfreie Fahrzeug von  
32 morgen soll aus Bayern und Oberbayern kommen!

33 Wer den Verkehrssektor auf die emissionsfreie und digitale Zukunft ausrichten  
34 will, wer Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuerkraft in Oberbayern erhalten  
35 will, braucht eine industriepolitische Strategie. Staats- und Bundesregierung  
36 lassen diese bislang vermissen, obwohl Klimawandel, Abgasbetrug und verändertes  
37 Mobilitätsverhalten neue Leitplanken dringend erfordern. Das verunsichert  
38 Beschäftigte und Betriebe. Wir Grüne wollen diese Verunsicherung beseitigen und  
39 mit einer auf die Herausforderungen der Zukunft ausgerichteten Industriepolitik  
40 Orientierung und Sicherheit für Beschäftigte und unternehmerische Entscheidungen  
41 bieten.

- Der Absatz von Diesel-**Autos** ist eingebrochen, der Absatz von emissionsarmen oder emissionsfreien Autos bleibt im internationalen Vergleich dennoch weit zurück. Auch wenn die Batterietechnik viele Schwierigkeiten bei Produktion und Wiederverwertung mit sich bringt, ist sie momentan die am weitesten ausgereifte und aussichtsreiche Antriebstechnik für KfZ und leichte Nutzfahrzeuge. Damit diese Fahrzeuge auch gekauft werden, braucht es die nötige Infrastruktur. Deshalb wollen wir den Aufbau einer zuverlässigen und einfach zu bedienenden Ladesäulen-Infrastruktur. Die Batterietechnik wollen wir klima- und umweltfreundlicher machen: Der Lithiumabbau lässt sich reduzieren, indem wir hohe Anforderungen an die Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit von Elektroauto-Batterien stellen, sowie an die Fehlerdiagnosefähigkeit, um einen gut funktionierenden Second-Life-Markt zu schaffen und die Lebensdauer zu erhöhen. Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft werden so zum Wettbewerbsvorteil.  
Für spezielle Anwendungen - wie etwa schwere Nutzfahrzeuge, Schiff- und Luftfahrt - werden neben der Batterie weitere Energieträger mit hoher Energiedichte nötig bleiben: Ob Verbrenner mit synthetischem Kraftstoffen oder Brennstoffzelle mit Wasserstoff – entscheidend ist, dass die Energie erneuerbar erzeugt und effizient umgewandelt wird. Wir wollen Forschung und Entwicklung in diesem Bereich stimulieren, damit unsere Unternehmen in Oberbayern den Anschluss an die internationale Konkurrenz halten können.
- Die Entwicklung sauberer **Lastkraftwagen** macht große Fortschritte. Jedoch benötigt der Absatz emissionsarmer LKW in der höchst preissensiblen Logistikbranche zusätzliche Anreize, damit die Flottenziele der EU erreicht werden können. Wir wollen daher externe Kosten fossil betriebener LKW stärker einpreisen und wollen eine Anhebung und Ausweitung der LKW-Maut. Flankierende Maßnahmen wie z.B. Zufahrtsbeschränkungen für laute LKW mit Verbrennungsmotoren im nächtlichen Lieferverkehr in Städten können leisen, emissionsfreie Fahrzeugen einen Absatzvorteil schaffen.
- Für den **Schienenfahrzeugbau** wollen wir durch eine über die Ausweitung, Elektrifizierung und Digitalisierung des Schienenverkehrs neue Perspektiven schaffen. Als Beitrag zu Klimaschutz und emissionsfreier Mobilität, begleitet vom raschen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen wollen wir dem vorhandenen Cluster „Bahntechnik Bayern“ neue Impulse und geben und Möglichkeiten eröffnen.

## 78 **Bayern ist ein Exportland – Und der Weltmarkt will saubere Mobilität**

79 Wenn Bundes- und Staatsregierung die Fahrzeugindustrie vor Innovation schützen  
80 wollen, erweisen sie ihr einen Bärendienst. In Oberbayern gehen über 57 Prozent  
81 der Produkte aus Maschinenbau, Elektro- oder Automobilindustrie ins Ausland. Und  
82 der Weltmarkt hat entschieden: gegen den fossilen Verbrenner. Bereits 2040 will  
83 Frankreich keine neuen Verbrennungsmotoren zulassen. In den Niederlanden wird  
84 2035 ein Ende der Neuzulassungen sein. Norwegen hat im Parlament ein Gesetz  
85 verabschiedete, das die Zulassung von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2025  
86 verbietet und Großbritannien und Dänemark planen in den 2030er ein Ende der  
87 fossilen Antriebsformen. Nicht nur der Europäische Markt wandelt sich – die  
88 globale Nachfrage nach E-Mobilität steigt. In China und den USA – als die  
89 größten Absatzmärkte – wurden alleine 2018 knapp 1,5 Mio. E-Autos verkauft. Die  
90 Prognosen sind steigend.

91 Ebenso wird sich im Bereich des automatisierten Fahrens im ÖPNV ein  
92 Zukunftsmarkt entwickeln, bei dem Bayern eine Spitzenposition anstreben kann.  
93 Öffentliche wie wirtschaftsnahe Studien legen nahe, dass immer weniger Menschen  
94 privat ein Auto besitzen werden. Die Automatisierung des Fahrens eröffnet nicht  
95 nur neue Geschäftsmodelle mit Car-Sharing-Flotten, wo Mobilität zur  
96 Dienstleistung wird, sondern hier entsteht auch ein großes Investitionsfeld für  
97 smarte und letztlich automatisiert fahrende Rufbussysteme der öffentlichen Hand.  
98 Dies und der damit verbundene Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur  
99 wird zukunftssträchtige, interessante Arbeitsplätze schaffen.

100 Neue Start-Ups entstehen, die als Pioniere für grüne Mobilität voranschreiten,  
101 sei es für Carsharing-Konzepte oder für den Radverkehr. Eine neue Stadt- und  
102 Verkehrsplanung schafft Raum für Visionäre. Der „Green Startup Monitor“ zeigt,  
103 dass in Bayern bei den grünen Betriebsgründungen noch viel Potenzial nach oben  
104 hat.

105 Wir wollen, dass klimafreundliche Produkte aus Bayern und Oberbayern auch in  
106 Zukunft auf dem Weltmarkt bestehen können und somit Arbeitsplätze bei uns  
107 sichern. Lasst uns den Wandel nachhaltig gestalten und uns an die Spitze der  
108 weltweiten Entwicklung klimafreundlicher Antriebe und Mobilitätsdienstleistungen  
109 setzen, die neue Jobs schaffen!

#### 110 **Die Verkehrswende endlich starten!**

111 In Bayern muss die einseitige Orientierung auf den Straßenbau endlich beendet  
112 werden. Während Bayern derzeit zwei Milliarden Euro in den Straßenbau  
113 investiert, hat es für den Radwegebau nur rund 40 Millionen Euro übrig. So wird  
114 das nichts mit der Verkehrswende! Nachdem der Straßenbau in Bayern seit  
115 Jahrzehnten einseitig bevorzugt wurde müssen nun diese Mittel in den  
116 Umweltverbund (Bus, Bahn, Rad und Fußverkehr) geleitet werden. Damit schaffen  
117 wir nicht nur endlich flächendeckende Verkehrsverbünde in ganz Bayern mit  
118 attraktiven Tarifen sondern auch eine massive Ausweitung des Angebots an Bussen  
119 und Bahnen. Auf dem Land wollen wir die Mobilitätsgarantie: Busse im Stundentakt  
120 von 05 bis 24 Uhr täglich. Bahnstrecken werden elektrifiziert und teilweise  
121 reaktiviert. In den Ballungsräumen wird der massive Ausbau von Radschnellwegen,  
122 Expressbussen, Seilbahnen bzw. S- und U-Bahnen dazu führen, dass immer mehr  
123 Menschen sich für den ÖPNV entscheiden. Das macht die Straßen frei für den den  
124 Wirtschaftsverkehr, und Menschen, die tatsächlich auf ein Kraftfahrzeug  
125 angewiesen sind. Diese notwendigen Verkehre sollen von emissionsfreien Antrieben  
126 bewegt werden und vorzugsweise aus heimischer Produktion stammen. So schaffen  
127 wir sowohl Arbeitsplätze und Wertschöpfung als auch saubere Luft, Ruhe und  
128 Lebensqualität für alle.

## **A3-Pflege** Resolution "Kommunale Pflegezentren ermöglichen"

Gremium: Andreas Krahl, MdL; Bezirksvorstand  
Beschlussdatum: 14.06.2019

### **1 Pflegestützpunkte – so sieht es aus!**

2  
3 Bereits im Oktober 2009 beschloss die Staatsregierung per Allgemeinverfügung die  
4 Errichtung von bis zu 60 „Pflegestützpunkten“ in ganz Bayern.  
5 Die Aufgabe dieser Einrichtungen ist dabei diffus mit der „wohnortnahen  
6 Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten nach Maßgabe der Vorgaben  
7 des Elften Buches Sozialgesetzbuch“ definiert.  
8 In einer „Aufbauphase“ sollten bereits 2010 besagte 60 Stützpunkte zunächst dort  
9 realisiert werden, „wo sich auch der Landkreis oder die kreisfreie Stadt an  
10 ihnen beteiligt“.  
11 In der Trägerschaft der Städte, der Landkreise, der Bezirke sowie der Kranken-  
12 und Pflegekassen, sollen bereits vorhandene vernetzte Unterstützungs- und  
13 Beratungsstrukturen integriert werden. Ehrenamtler\*innen, kirchliche und  
14 sonstige religiöse Organisationen sollten ebenso eingebunden werden wie  
15 Pflegefachpersonen vor Ort.  
16 Was bereits in der Verfügung kompliziert klingt, stellte sich in der Praxis  
17 ebenso kompliziert heraus: bis heute wurden bayernweit ganze neun  
18 Pflegestützpunkte errichtet. Das ist nicht flächendeckend und für die wenigsten  
19 Menschen in Bayern wohnortnah.  
20 Einen Fahrplan für die Errichtung weiterer Stützpunkte gibt es derzeit nicht,  
21 seit 2010 fehlen nach den Ankündigungen bereits 51 Stützpunkte landesweit.  
22 Allen Stützpunkten ist gemein, dass sie erst dann beratend in Aktion treten,  
23 wenn die Familien sich bereits in Ausnahmesituationen befinden. Der häuslichen  
24 Betreuung Angehöriger wird bei den Beratungsangeboten besondere Aufmerksamkeit  
25 gewidmet.

### **26 Pflege in Bayern – das kommt auf uns zu!**

27  
28 Pflege geht uns alle an: ob die Oma dement oder der Onkel nach einem  
29 Arbeitsunfall langwierige Reha braucht, wir alle sind direkt oder durch unser  
30 enges Umfeld mit dem Thema konfrontiert. Und wir alle wollen, dass wir und die  
31 Menschen, die uns am Herzen liegen im Ernstfall gut versorgt werden.  
32 Heute leben in Bayern rund 70% aller Pflegebedürftigen zu Hause und nehmen  
33 Betreuung durch ihre An- und Zugehörigen in Anspruch. Diese häusliche Care-  
34 Arbeit wird überproportional häufig von Frauen geleistet. Ausgleichszahlungen  
35 oder ein Rückkehrrecht in den eigenen Beruf sind in diesen Fällen so gut wie  
36 nicht vorgesehen: häusliche Care-Arbeit macht also spätestens im Alter arm.  
37 Außerdem verschärft die demographische Entwicklung die Situation zusätzlich: bis  
38 2030 werden wir allein in Bayern 300.000 dementiell erkrankte Personen zu  
39 versorgen haben. Immer mehr Menschen mit Pflegebedarf stehen immer weniger  
40 jungen und gesunden gegenüber, die in der Lage sind, die aufkommenden Bedarfe zu  
41 erfüllen.  
42 Wir brauchen jetzt Konzepte, die die Pflegebedürftigen absichern ohne deren nahe  
43 Personen energetisch, finanziell, psychisch und physisch zu überlasten.  
44 Wir brauchen funktionale Konzepte, die professionelle Pflege aufwerten und die

45 Berufsbilder attraktiver machen.  
46 Wir brauchen die Verankerung der professionellen Pflege in allen Strukturen der  
47 Gesellschaft: nicht nur Rat, sondern auch Tat vor Ort. Überall in Bayern.

#### 48 **Kommunale Pflegezentren – so sollte es sein!**

49  
50 Ein Leben in Selbstbestimmtheit bis ins hohe Alter, mit Krankheit, Gebrechen  
51 oder Behinderung und zwar dort, wo wir sein wollen: das wünschen wir uns wohl  
52 alle. Größtmögliche Lebensqualität in unseren soziokulturellen Räumen, ohne  
53 unsere Wurzeln zu verlieren.

54 Qualifizierte Beratung und tatkräftige Unterstützung vor Ort für Betroffene und  
55 deren Zugehörige, möglichst bevor Krisen entstehen.

56 Prävention für alle Menschen jeden Alters sollte bei den kommunalen  
57 Pflegezentren genau so wichtig sein, wie Hilfe und Unterstützung im Akutfall.

#### 58 **Zur Prävention und zur bestmöglichen Versorgung in den Städten und auf dem Land** 59 **fordern wir:**

60 Die Einbeziehung kommunaler Pflegezentren in die Quartiersentwicklungskonzepte  
61 aller Gemeinden und Stadtteile Bayerns und die zeitnahe Umsetzung dieser  
62 Einrichtungen.

63 Kommunale Pflegezentren ermöglichen zudem eine genaue Evaluation der  
64 unterschiedlichen Pflegebedarfe in Bayern und können auch auf veränderliche  
65 Bedarfe aufgrund ihrer lokalen Präsenz zügig und angemessen reagieren.

#### 66 **Was bieten kommunale Pflegezentren?**

67 • Pflegefachpersonen aus unterschiedlichen Bereichen der professionellen  
68 Pflege mit fundierten und aktuellen Kenntnissen über die gesamte  
69 Pflegelandschaft der Region beraten kompetent und aus einer Hand. Sie  
70 unterstützen ebenso bei der Suche nach geeigneten Einrichtungen wie bei  
71 Bewerbstellung einer häuslichen Betreuung mit oder ohne professionelle  
72 Unterstützung wie mobile Pflege, Tagespflege oder Kurzzeitpflege und  
73 schützen An- und Zugehörige für Überlastungen. Die kommunalen  
74 Pflegefachpersonen sind gut miteinander vernetzt, um auch in schwierigen  
75 Fällen optimal reagieren zu können und Synergien über die regionale  
76 Bindung hinaus nutzen zu können. Optimal ist die dauerhafte Versorgung und  
77 Beratung der Klienten derselben Fachperson über die gesamte Dauer des  
78 Bedarfes. Das schafft Sicherheit und Vertrauen auch in schwierigen  
79 Situationen.

80 Die Anzahl der von den Kommunen beschäftigten Pflegefachpersonen ist in  
81 regelmäßigen Abständen zu evaluieren und so anzupassen, dass auch  
82 Hausbesuche und die persönliche Betreuung gewährleistet werden kann.  
83 Professionelle Pflegeleistungen, die nicht durch mobile Pflege abzudecken  
84 sind, werden unbürokratisch von den Pflegefachpersonen des kommunalen  
85 Pflegezentrums auch über längere Zeiträume ausgeführt und sind bei den  
86 Personalplanungen zu berücksichtigen.

87 Für Betreuende An- und Zugehörige stehen in den kommunalen Pflegezentren  
88 Plätze zur Verhinderungspflege auch kurzfristig zur Verfügung.

89 **Kommunale Pflegezentren sind Anlaufstellen für alle Herausforderungen und**  
90 **Probleme rund um belastende Pflegesituationen nach Unfällen, in Krankheit**  
91 **oder Alter. Sie bieten Unterstützung, Beratung und professionelle Pflege**  
92 **vor Ort und zu Hause.**

- 93 • Die Pflegefachpersonen der kommunale Pflegezentren sind stets auf dem  
94 aktuellen Stand denkbarer **Therapiemöglichkeiten** und kennen die Angebote  
95 vor Ort und in ganz Bayern. So können beispielsweise Betroffene  
96 dementieller Erkrankungen wertvolle Zeit sparen und **irreversible Schäden**  
97 **in Krankheitsverläufen möglichst vermieden** werden.
- 98 • Zur Aufgabe der kommunalen Pflegezentren gehört ausdrücklich auch die  
99 (dauerhafte) Unterstützung bei der Gründung und dem Betreiben alternativer  
100 Wohn- und Pflegeformen. Denkbar sind Demenz-WGs, Pflege WGs und  
101 Einrichtungen, in denen Menschen ähnlichen Alters und ähnlicher Interessen  
102 betreut und professionell gepflegt werden können.
- 103 • Fester Bestandteil der kommunalen Pflegezentren sind darüber hinaus  
104 Familiengesundheitspfleger\*innen, die Familien und Lebensgemeinschaften  
105 vor Ort ganzheitlich gemäß den **Richtlinien der Welt-Gesundheits-**  
106 **Organisation zum Family-Health-Nursing** unterstützen.  
107 Familiengesundheitspflege beschränkt sich dabei ausdrücklich nicht auf die  
108 Begleitung betreuender Angehöriger, sondern wirkt auch unterstützend bei  
109 Suchtproblemen, psychischen Erkrankungen, Lernschwächen und allem, was die  
110 Gesundheit von Familien und Lebensgemeinschaften beeinträchtigt. Damit  
111 fungieren sie als Ansprechpartner\*innen, die Familien vor Ort ermächtigen,  
112 auch in problematischen Lebensphasen selbstbestimmt leben zu können, sowie  
113 Selbstpflegekompetenzen zu erhalten.

114 Kommunale Pflegezentren sind zum Erhalt von Lebensqualität und zur Förderung der  
115 Gesundheit aller Menschen in Bayern schnellst möglich mit einer auskömmlichen  
116 Anschubfinanzierung zu unterfüttern und umzusetzen. Family-Health-Nursing und  
117 die professionelle Pflege-Kompetenz in Rat und Tat vor Ort für alle nutzen  
118 erheblich mehr als ein jährliches, vom Pflegegrad abhängiges Taschengeld, von  
119 dem den Betroffenen am Ende nicht mehr als allenfalls ein zusätzlicher  
120 Wirtshausbesuch alle paar Wochen bleibt. **Das Bürokratiemonster**  
121 **„Landespflegegeld“ brauchen wir nicht, wir brauchen verlässliche Strukturen und**  
122 **Unterstützung bei allen Problemen, die die Selbstpflegekompetenzen einschränken,**  
123 **für Betroffene und deren Zugehörige: das ist die Pflege der Zukunft. Somit kann**  
124 **den Kommunen bei dem Aufbau und dem Betrieb auch finanziell die Last abgenommen**  
125 **werden.**

126 Investieren wir also die als Wahlgeschenk veranschlagten Milliarden in unser  
127 aller Zukunft und Lebensqualität!

128 Absolvent\*innen des Advanced-Nursing-Practice Studienganges sind bestens  
129 ausgebildet und hochqualifiziert für die vielfältigen Aufgaben in den kommunalen  
130 Pflegezentren, stellen wir sie ein.

## A4 - Grüne gestalten Kommunen

Grüne gestalten Kommunen nachhaltig – gerecht – vielfältig

Gremium: Johannes Becher, MdL; Bezirksvorstand

Beschlussdatum: 14.06.2019

1 In den Kommunen sind die Menschen zuhause und hier gestalten wir unser  
2 Zusammenleben. Mit einer ökologischen, sozialen und demokratischen Politik liegt  
3 hier der Grundstein für ein gutes Miteinander.

4 Die derzeitigen Umfragen und die Wahlergebnisse bei der jüngsten Europawahl,  
5 sowie der Landtags- und Bezirkstagswahl basieren vor allem auf der  
6 Glaubwürdigkeit von Bündnis 90/ Die Grünen. Die Basis dafür ist eine konsequente  
7 Haltung und Politik seit mehreren Jahrzehnten auf der kommunalen Ebene.

8 Bereits die Kommunalwahl 2014 war ein großer Erfolg, weil wir vor Ort mit  
9 Fachkompetenz, Leidenschaft, praxistauglichen und innovativen Ideen Menschen  
10 auch jenseits der Parteigrenzen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten  
11 überzeugen konnten. Dies zeigt sich in der hohen Zahl an Mandaten in den  
12 Kreistagen, Stadt-, Markt- und Gemeinderäten, sowie ganz besonders bei unserem  
13 grünen Landrat Wolfgang Rhezak, sowie den 1. Bürgermeistern Franz Heilmeyer,  
14 Susanna Tausendfreund, Georg Reinthaler, Angelika Obermayr, Alexander Herrmann,  
15 Josef Lutzenberger und Stefan Schneider.

16 Am 15. März 2020 sind wir bereit für den nächsten Schritt. Die Herausforderungen  
17 in Oberbayern sind dabei nicht kleiner geworden.

18 Der **Erhalt der Lebensgrundlagen** mit dem Schutz der Natur und der **Artenvielfalt**  
19 beginnt vor Ort. Wir wollen Lebensräume von lokalen Tier- und Pflanzenarten  
20 schützen und dazu **Natur- und Landschaftsschutzgebiete** weiterentwickeln.

21 Wir wollen **Grünzüge** erhalten, **Bäume** schützen und Glyphosat auf kommunalen  
22 Flächen unterbinden. Unser Ziel ist die **pestizidfreie Kommune**. Wir wollen mehr  
23 **Lebensraum** für Insekten, Bienen, Schmetterlinge und Vögel in den Kommunen  
24 schaffen und die **ökologische** und regionale **Landwirtschaft** unterstützen.

25 Wir gehen sorgsam mit unseren Flächen um. Die Stärkung von **Ortskernen** als Räume  
26 der **Lebensqualität** ist unsere Antwort auf die ständige Ausweisung neuer  
27 Gewerbegebiete auf der grünen Wiese.

28 Wir sind bereit Verantwortung zu übernehmen und treiben im Rahmen der  
29 Möglichkeiten vor Ort den **Klimaschutz** und die **Energiewende** voran. Die Kommune  
30 hat hier eine Vorbildfunktion und ganz viele verschiedenen Möglichkeiten tätig  
31 zu werden: vom Baugebiet ohne fossile Brennstoffe, von der Erzeugung  
32 erneuerbarer Energien bis zur energetischen Ertüchtigung öffentlicher Gebäude.

33 Wir müssen uns vor Ort auch mit den Folgen des Klimawandels beschäftigen und  
34 unsere **Hilfs- und Rettungsorganisationen** auf kommende Katastrophenlagen  
35 entsprechend vorbereiten und angemessen ausrüsten.

36 Kaum eine Gemeinde in Oberbayern hat kein Mobilitätsthema vor Ort. Die **Mobilität**  
37 **der Zukunft** ist umwelt- und klimafreundlich, intelligent, vernetzt und  
38 emissionsarm. Wir wollen **Bahn & Bus, Fuß- und Radverkehr** so attraktiv machen,

39 dass sie gleichberechtigte, schnelle, bequeme und effiziente Mobilitätsangebote  
40 für alle Menschen in Oberbayern bieten.

41 Wichtig ist uns, dass unsere Orte keine anonymen Gebilde werden, sondern dass  
42 die Menschen hier aktiv **zusammenleben**. Dazu braucht es **Treffpunkte**, Ortsmitten,  
43 Vereine, **vielfältige Kulturangebote** und eine Stadt- und Ortsentwicklung, die den  
44 Bedürfnissen von jung und alt gerecht wird.

45 Unser Anspruch ist, dass niemand vom Geschehen im Ort ausgeschlossen wird, sei  
46 es aufgrund finanzieller Nöte, mangelhafter Barrierefreiheit oder Hautfarbe,  
47 Herkunft und Religion. Hier gilt es hinzuschauen und Lösungen zu finden. Eine  
48 isolierte Unterbringung Geflüchteter in Massenunterkünften wie in AnKER-  
49 Einrichtungen lehnen wir entschieden ab! Für uns ist klar: **Alle** Einwohnerinnen  
50 und Einwohner **gehörendazu** und diese klare Haltung werden wir mit aller Kraft  
51 verteidigen. Wir betrachten die Vielfalt als Bereicherung.

52 Die Wachstumsschmerzen, insbesondere in München und dem Umland, benötigen  
53 innovative Ideen für mehr **bezahlbaren Wohnraum** und **sozial gerechte Bodennutzung**.  
54 Wenn wir kompakt, kreativ und mit Augenmaß und Qualität bauen, können wir den  
55 **Flächenverbrauch begrenzen** und die **Identität** der Orte **erhalten**.

56 Wir wollen mehr Wohnraum schaffen und familienfreundliche Gemeinde, was in der  
57 Folge auch zunehmende Herausforderungen in Bereich der frühkindlichen Bildung  
58 bedeutet. Um dem Rechtsanspruch der Eltern auf Betreuung, dem Wohl der Kinder  
59 und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht zu werden, setzen wir auf  
60 **qualitätvolle Kindertageseinrichtungen, flexible Angebote** und  
61 **familienfreundliche Öffnungszeiten**.

62 Zudem wollen wir die **Ganztagsangebote** an Schulen bedarfsgerecht ausbauen und  
63 qualitativ weiterentwickeln. Zu einer guten Ganztagsbetreuung gehört auch ein  
64 ausgewogenes und hochwertiges Mittagessen für alle Kinder.

65 Demokratie lebt vom aktiven Einmischen. Wir wollen **Transparenz** in  
66 Entscheidungsprozesse bringen und **aktiv** die Bürgerinnen und Bürger **beteiligen**.  
67 Besonders wichtig ist uns, dass Kinder und Jugendliche die Demokratie frühzeitig  
68 lernen und sich einbringen können.

69 Wir wollen die Möglichkeiten der **Digitalisierung** in unseren Kommunen stärker  
70 nutzen. Diese können sich durch mehr Effizienz in den Verwaltungen, eine  
71 Stärkung des Bürgerservices und eine Verbesserung der Qualität positiv  
72 auswirken.

73 Mit einer Stärkung der **regionalen Wirtschaftskreisläufe**, einer optimalen Nutzung  
74 der Gewerbeflächen und Ausschreibungen nach ökologischen und sozialen Standards  
75 betreiben wir vor Ort eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. In den letzten Jahren  
76 hatten wir, gerade in Oberbayern, ein beispielloses Wachstum, wodurch sich die  
77 finanzielle Lage der Kommune deutlich verbessert hat. Wir wissen, dass dies  
78 nicht für immer so bleiben wird und daher setzen wir uns vor Ort für eine  
79 **nachhaltige Finanzpolitik** ein.

80 Damit wir diese und viele weitere Ziele auch umsetzen können, sind wir **bereit**  
81 **Verantwortung zu übernehmen**. Wir gründen oberbayernweit zahlreiche zusätzliche  
82 Ortsvereine und stellen wo immer wir möglich grüne Listen auf.

83 Unsere **Ziele für Oberbayern** sind die **Verdoppelung der grünen kommunalen Mandate**,  
84 **mindestens zwei Landrätinnen oder Landräte, mindestens 15 Bürgermeisterinnen**



85 **oder Bürgermeister und die erste grüne Oberbürgermeisterin Bayerns** zu stellen –  
86 zum Beispiel in München.

87 Wir wollen zudem explizit **mehr Frauen** und **mehr junge Menschen** in Mandate  
88 bringen, da diese oberbayernweit fast überall deutlich unterrepräsentiert sind.

89 Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir weiterhin unsere  
90 bayerischen Kommunen nach vorne bringen. Für lebendige und lebenswerte Städte  
91 und Gemeinden in Bayern. Weil wir hier leben.

# **S1 - DelegiertenschlüsselNEU** Satzungsänderung: Delegiertenschlüssel für Bezirksversammlungen und Aufstellungsversammlungen auf Bezirksebene

Gremium: Bezirksvorstand  
Beschlussdatum: 05.05.2019

1 § 3 (2) Satz 1 wird ersetzt:

2 **Alt:** Jeder Kreisverband entsendet bis einschließlich 80 Mitglieder zwei  
3 Delegierte und einen weiteren pro angefangene weitere 40 Mitglieder.

4 **Neu:** Die Delegierten werden von den Mitgliedern der jeweiligen Kreisverbände in  
5 einer satzungsgemäß legitimierten Mitgliederversammlung gewählt. Die  
6 Kreisverbände werden aufgefordert, bei den Delegierten die Parität (mindestens  
7 50% Frauen) zu wahren. Zur Ermittlung der Delegiertenzahl pro Kreisverband gilt  
8 folgendes Verfahren: Die Zahl der Mitglieder des Kreisverbandes wird mit 100  
9 multipliziert. Das Ergebnis wird durch die Zahl der Mitglieder des  
10 Bezirksverbands dividiert, wobei das Ergebnis zu einer vollen Zahl gerundet  
11 wird. Diese Zahl ist die jeweilige Delegiertenzahl, die aber in jedem Fall  
12 mindestens 2 betragen muss (Grundmandate).

## **Begründung**

Der seit 2016 gültige Delegiertenschlüssel führt zu einer höheren Zahl von Delegierten bei steigender Mitgliederzahl. Seit dem 31.12.2016 ist die Mitgliederzahl der oberbayerischen Grünen um über 55 Prozent von 3.672 auf aktuell rund 5.700 gestiegen. Und der Zuwachs hält weiter an.

Das sehr erfreuliche, sehr starke Mitgliederwachstum lässt die Delegiertenanzahl unserer Bezirksversammlungen sprunghaft ansteigen, von gut 100 im Jahr 2016, 115 im Jahr 2018 auf 146 im Jahr 2019. Die Versammlungen erhalten dadurch einen anderen, weniger persönlichen Charakter, die Kosten steigen für die Kreisverbände (Reisekosten) ebenso wie für den Bezirksverband (große Hallen, Catering, elektronische Stimmgeräte).

Wir beantragen daher eine langfristig tragfähige Lösung und schlagen eine Berechnungsmethode vor, wie sie im Bundesverband (750 Delegierte und ein Grundmandat) und seit der LDK in Bad Windsheim auch vom Landesverband Bayern (320 Delegierte und 2 Grundmandate) angewandt wird. Damit wird eine langfristig im Voraus planbare Größe der Bezirksversammlung auch bei stark steigenden Mitgliederzahlen dauerhaft ermöglicht. Mit dem vorliegenden Vorschlag würde sich aufgrund der garantierten Grundmandate eine Bezirksversammlungs-Größe von ca. 106 Delegierten ergeben.

Wir schlagen dazu die gleiche Formel vor, wie sie auf Bundesparteitagen bereits seit vielen Jahren verwendet wird und kürzlich für Landesparteitage in Bayern eingeführt wurde.

Das Parteiengesetz setzt sehr enge Grenzen und verlangt eine Vertreterversammlung, die sich proportional nach der Mitgliederzahl (einzige mögliche zusätzliche Komponente sind die jeweiligen Wahlergebnisse) der einzelnen Gebietsverbände zusammensetzt. Dem müssen wir Rechnung tragen und dürfen deshalb beispielsweise die Grundmandate nicht beliebig ausweiten.

Kleine KV's werden durch diese Verkleinerung der Bezirksversammlung relativ gestärkt, da sie unverändert ihre beiden Grundmandate behalten. Alle KV's können wie bisher Interessierte wie z.B. Neumitglieder als Gäste anmelden, sodass die Bezirksversammlungen weiterhin für alle Interessierten offen sind.

Hier findet sich ein Vergleich zwischen altem und vorgeschlagenen  
Delegiertenschlüssel:<https://gruenlink.de/1me3>